



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Ihnen ein Sonderrundschreiben zu Änderungen in der Lohnabrechnungen ab 2009 beigelegt. Bitte lassen Sie uns bis zum 15. Dezember 2008 den letzten Beitragsbescheid Ihrer Berufsgenossenschaft zukommen.

Wir wünschen Ihnen eine frohe Adventszeit.

Bitte wenden Sie sich bei Fragen an Ihren Steuerberater.

Wünsche
Steuerberater

Geschenke an Geschäftsfreunde

Zum Jahresende ist es üblich, Geschenke an Geschäftsfreunde zu verteilen. Deshalb sind für den Abzug dieser Aufwendungen als Betriebsausgaben die nachfolgenden Punkte von großer Bedeutung:

- Geschenke an Geschäftsfreunde sind nur **bis zu einem Wert von 35 € netto ohne Umsatzsteuer pro Jahr und pro Empfänger** abzugsfähig.
- Nichtabziehbare Vorsteuer (z. B. bei **Versicherungsvertretern, Ärzten**) ist in die Ermittlung der Wertgrenze mit einzu beziehen. In diesen Fällen darf der **Brutobetrag (inklusive Umsatzsteuer) nicht mehr als 35 €** betragen.
- Es muss eine ordnungsgemäße **Rechnung** vorhanden sein, auf der der Name des Empfängers vermerkt ist. Bei Rechnungen mit vielen Positionen sollte eine **gesonderte Geschenkeliste** mit den Namen der Empfänger sowie der **Art** und der **Betragshöhe des Geschenks** gefertigt werden.
- Schließlich müssen diese Aufwendungen auf ein besonderes Konto der Buchführung „**Geschenke an Geschäftsfreunde**“, getrennt von allen anderen Kosten, **gebucht** werden.

Überschreitet die Wertgrenze sämtlicher Geschenke pro Person und pro Kalenderjahr den Betrag von 35 € oder werden die formellen Voraussetzungen nicht beachtet, sind die Geschenke an diese Personen insgesamt nicht abzugsfähig. Außerdem unterliegt der nichtabzugsfähige Nettobetrag dann noch der Umsatzsteuer.

Kranzspenden und Zugaben sind keine Geschenke und dürfen deshalb auch nicht auf das Konto „Geschenke an Geschäftsfreunde“ gebucht werden. In diesen Fällen sollte ein **Konto „Kranzspenden und Zugaben“** eingerichtet werden.

Hinweis: Seit 2007 haben Unternehmer bei betrieblich veranlassten Sachzuwendungen und Geschenken die **Möglichkeit, eine Pauschalsteuer von 30 %** zu leisten. Um bei hohen Sachzuwendungen eine Besteuerung mit dem individuellen Steuersatz des Empfängers zu gewährleisten, ist die Pauschalierung ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen je Empfänger und Wirtschaftsjahr oder je Einzelzuwendung 10.000 € übersteigen. Die Zuwendungen sind weiterhin aufzuzeichnen, auch um diese Grenze prüfen zu können.

Als Folge der Pauschalversteuerung durch den Zuwendenden **muss der Empfänger die Zuwendung nicht versteuern**. In einem koordinierten Ländererlass hat die Finanzverwaltung zur Anwendung dieser Regelung Stellung genommen. Danach ist u. a. Folgendes zu beachten.

- Grundsätzlich ist das Wahlrecht zur Anwendung der Pauschalierung der Einkommensteuer für alle innerhalb eines Wirtschaftsjahres gewährten Zuwendungen einheitlich auszuüben. Es ist jedoch zulässig, die **Pauschalierung jeweils gesondert für Zuwendungen an Dritte** (z. B. Geschäftsfreunde **und deren Arbeitnehmer**) **und an eigene Arbeitnehmer** anzuwenden.

Inhalt:

Seite 1
Geschenke an Geschäftsfreunde
Seite 2
Behandlung von Kosten für Arbeitnehmer bei Betriebsveranstaltungen
Entgelt für Wettbewerbsverbot eines Handelsvertreters unterliegt nicht unbedingt der Gewerbesteuer
Steuerfreiheit für nebenberufliche Tätigkeiten ist nicht auf Deutschland beschränkt
Seite 3
Überprüfung der Miethöhe zum 1.1.2009 bei verbilligter Vermietung
Dauerhafte Verluste einer Ferienwohnung nur bei ortsüblicher Mietzeit abzugsfähig
Keine ehrenamtliche Tätigkeit bei eigennützigem Erwerbsstreben
Kündigungsfristen bei Mietverhältnissen enden immer werktags
Seite 4
Nicht Überweisungsauftrag, sondern Zahlungseingang für Verzugszinsen maßgeblich
Folgende Unterlagen können im Jahr 2009 vernichtet werden
Termine Dezember 2008

LKL STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

- **Steuwerbeartikel (Sachzuwendungen bis 10 €)** müssen nicht in die Bemessungsgrundlage der Pauschalierung einbezogen werden, werden also nicht besteuert.
- Bei der Prüfung, ob Aufwendungen für Geschenke an einen Nichtarbeitnehmer die Freigrenze von 35 € pro Wirtschaftsjahr übersteigen, ist die übernommene Steuer nicht mit einzubeziehen. Die Abziehbarkeit der Pauschalsteuer als Betriebsausgabe richtet sich danach, ob die Aufwendungen für die Zuwendung als Betriebsausgabe abziehbar sind.
- Der Unternehmer muss den Zuwendungsempfänger darüber informieren, dass er die Pauschalierung anwendet. Eine besondere Form ist dafür nicht vorgeschrieben.

Wegen der Kompliziertheit der Vorschrift sollte in Einzelfällen der Steuerberater gefragt werden.

Behandlung von Kosten für Arbeitnehmer bei Betriebsveranstaltungen

Kosten für im überwiegend betrieblichen Interesse des Arbeitgebers durchgeführte Betriebsveranstaltungen dürfen **pro Arbeitnehmer nicht mehr als 110 € inklusive Umsatzsteuer** betragen. Kosten für Aufwendungen **von teilnehmenden Angehörigen der Arbeitnehmer sind diesen zuzurechnen**. Außerdem dürfen **maximal zwei** Betriebsveranstaltungen pro Jahr durchgeführt werden. Wird die Freigrenze von 110 € überschritten, ist der Gesamtbetrag als Arbeitslohn zu versteuern.

Der Arbeitgeber kann diesen Arbeitslohn pauschal versteuern. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Teilnahme an der Veranstaltung allen Arbeitnehmern offen stand.

Der Bundesfinanzhof hat die Auffassung der Finanzverwaltung bestätigt, dass es nicht mehr auf die Dauer der **Veranstaltung** ankommt. Die Veranstaltung kann sich **also auch über zwei Tage mit Übernachtung** hinziehen.

Bei den am Ende eines Jahres üblichen Weihnachtsfeiern sollte noch Folgendes beachtet werden:

- **Geschenkpäckchen bis** zu einem Wert von **40 €** inklusive Umsatzsteuer, die **anlässlich** solcher Feiern übergeben werden, **sind in die Berechnung der Freigrenze einzubeziehen**.
- **Geschenke von mehr als 40 €** inklusive Umsatzsteuer sind **grundsätzlich steuerpflichtiger Arbeitslohn** und deshalb nicht bei der Prüfung der Freigrenze zu berücksichtigen. Die gezahlten Beträge können dann aber vom Arbeitgeber **mit 25 % pauschal versteuert werden**.
- **Geldgeschenke**, die kein zweckgebundenes Zehr- geld sind, unterliegen nicht der Pauschalierungsmöglichkeit und müssen **voll versteuert werden**.

Entgelt für Wettbewerbsverbot eines Handelsvertreters unterliegt nicht unbedingt der Gewerbesteuer

Ein Entgelt für das Wettbewerbsverbot eines Handelsvertreters, das im Zusammenhang mit der Beendigung des Vertragsverhältnisses vereinbart wird, kann unselbstständiger Teil des Ausgleichsanspruchs sein und der Gewerbesteuer unterliegen. Hat die Wettbewerbsvereinbarung jedoch eine eigenständige wirtschaftliche Bedeutung, können sonstige Einkünfte vorliegen, die nicht der Gewerbesteuer unterliegen.

Ein Handelsvertreter hatte im Rahmen einer vergleichweisen Auflösung des Vertragsverhältnisses eine Abfindung in Höhe von fünf Mio. DM zugesprochen bekommen. Zusätzlich bestand für zwei Jahre ein Wettbewerbsverbot. Drei Mio. DM wurden sofort ausgezahlt, jeweils eine Mio. DM waren im Abstand von jeweils einem Jahr fällig. Das Finanzamt unterwarf die gesamte Abfindung der Gewerbesteuer. Der Bundesfinanzhof beurteilte dies anders.

Nach den Vorschriften des HGB entsteht ein **Anspruch auf Wettbewerbsentschädigung unabhängig vom Ausgleichsanspruch**. Der Handelsvertreter kann **beide Ansprüche nebeneinander** geltend machen. Besteht eine klare und eindeutige Abrede hinsichtlich des **Wettbewerbsverbots**, handelt es sich insoweit um eine **gesonderte** Leistung. Damit ist diese Abfindung bei der Einkunftsart sonstige Einkünfte zu erfassen und unterliegt **nicht der Gewerbesteuer**.

Steuerfreiheit für nebenberufliche Tätigkeiten ist nicht auf Deutschland beschränkt

Aufwandsentschädigungen für nebenberufliche Tätigkeiten sind unter bestimmten Voraussetzungen von der Einkommensteuer befreit. Bei wörtlicher Anwendung des Gesetzes beschränkt sich die Vergünstigung auf Tätigkeiten, die für eine inländische Körperschaft des öffentlichen Rechts **erledigt werden**.

Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs hat sich die **Steuerfreiheit auch auf Nebentätigkeiten zu erstrecken, die an Universitäten innerhalb der EU ausgeübt werden**. Grundlage der Entscheidung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Danach ist die Beschränkung der Steuerfreiheit auf Nebentätigkeiten an inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts eine nicht zu rechtfertigende Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU.

Überprüfung der Miethöhe zum 1.1.2009 bei verbilligter Vermietung

Bei verbilligter Vermietung von Wohnungen sowohl an Angehörige als auch an fremde Dritte beträgt die Grenze 56 % der ortsüblichen Marktmiete. Deshalb muss Folgendes beachtet werden:

- Beträgt die **vereinbarte Miete mindestens 75 %** der ortsüblichen Marktmiete, dann sind die mit den Mieteinnahmen zusammenhängenden **Werbungskosten voll abzugsfähig**.
- Liegt die vereinbarte **Miete zwischen 56 und 75 % der ortsüblichen Marktmiete**, ist zunächst die **Einkünftezielungsabsicht zu prüfen**. Fällt die Überschussprognose positiv aus, sind die Werbungskosten voll abzugsfähig. Ergibt sich aber eine **negative Überschussprognose**, so ist der Werbungskostenabzug nur in dem Umfang möglich, wie die Miete im Verhältnis zur ortsüblichen Marktmiete steht.
- Liegt der **Mietzins unterhalb von 56 %** der ortsüblichen Marktmiete, können die Aufwendungen nur entsprechend dem entgeltlichen Anteil der Vermietung geltend gemacht werden. **Der Mietvertrag** muss bei der Vermietung an Angehörige aber auf jeden Fall einem **Fremdvergleich** (Vermietung an fremde Dritte) **standhalten, weil** er sonst steuerrechtlich nicht anerkannt wird.

Aus diesem Grund sollten **bestehende Mietverträge kurzfristig** darauf **geprüft** werden, ob sie den üblichen Konditionen entsprechen und auch so durchgeführt werden. Dies gilt auch für die zu zahlenden Nebenkosten. Insbesondere sollte die Höhe der Miete geprüft und zum 1.1.2009 ggf. angepasst werden. Dabei empfiehlt es sich, nicht bis an die äußersten Grenzen heranzugehen.

Dauerhafte Verluste einer Ferienwohnung nur bei ortsüblicher Vermietzeit abzugsfähig

Ein Hauseigentümer besaß in einem Haus vier Ferienwohnungen. Während drei Wohnungen ca. 200 Tage im Jahr belegt waren, war die vierte nur an 33 Tagen vermietet. Das Finanzamt erkannte die Verluste aus dieser Wohnung nicht an, weil die vom Landesamt für Statistik ermittelte **ortsübliche Vermietzeit von Ferienwohnungen 79 Tage** betrug. Der Hauseigentümer meinte hingegen, es müsse ihm überlassen sein, in welcher Intensität er einzelne Wohnungen vermiete. In der Summe aller Wohnungen habe er jedenfalls die statistischen Werte überschritten.

Der Bundesfinanzhof gab dem Finanzamt Recht. Das Gericht überprüfte nur die vierte Wohnung, weil die anderen eine ausreichende Vermietzeit vorwiesen.

Das Gericht machte deutlich, dass Verluste einer Ferienwohnung zwar grundsätzlich abzugsfähig sind, wenn sie ausschließlich an wechselnde Feriengäste vermietet und hierfür ständig bereitgehalten wird. **Unterschreitet aber die tatsächliche Vermietzeit die ortsübliche um mindestens 25 %, muss** die Einkünftezielungsabsicht durch eine **Prognose** überprüft werden. Da diese aber negativ war, konnte er die Verluste nicht geltend machen.

Keine ehrenamtliche Tätigkeit bei eigennützigem Erwerbsstreben

Der Präsident des Vorstands eines Vereins arbeitete mindestens **40 Stunden in der Woche** und ca. 2.000 Stunden jährlich für den Verein. Er erhielt neben Reisekosten eine Aufwandsentschädigung von zuletzt 7.500 € monatlich. Der Verein erfasste oder überwachte die Tätigkeit des Präsidenten nicht.

Das Finanzamt meinte, der Präsident habe gegenüber dem Verein umsatzsteuerpflichtige Leistungen erbracht. Eine steuerfreie ehrenamtliche Tätigkeit liege nicht vor.

Dem stimmt der Bundesfinanzhof zu. Wegen des Umfangs der ausgeübten Tätigkeit und der Höhe der Vergütung war von einem eigennützigem Erwerbsstreben auszugehen, so dass die Tätigkeit nicht mehr als steuerfreie ehrenamtliche Bemühung beurteilt werden konnte.

Kündigungsfristen bei Mietverhältnissen enden immer werktags

Die **Kündigungsfrist eines Mietvertrags** beträgt für einen Mieter **einheitlich drei Monate zum Monatsende**. Fällt das **Fristende auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag**, so **verlängert** sich die Frist bis zum nächsten **Werktag**. Diese für den Mieter günstige Regelung hat das Amtsgericht Düsseldorf angewandt.

Durch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs war diese bislang im Mietrecht vorherrschende Rechtsauffassung fraglich geworden. Das Düsseldorfer Gericht hält aber an der bisherigen Rechtsmeinung fest, da das abweichende Urteil des Bundesgerichtshofs nicht zum Mietrecht, sondern zu einem Werbevertrag ergangen war. Für das Amtsgericht war nicht erkennbar, dass der Bundesgerichtshof eine Abkehr von der herrschenden Meinung im Mietrecht einleiten wollte.

MANDANTENRUNDSCHREIBEN XI/2008

LKL STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT MBH

Nicht Überweisungsauftrag, sondern Zahlungseingang für Verzugszinsen maßgeblich

Das Oberlandesgericht Köln hatte dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) die Frage zur Vorabentscheidung vorgelegt, ob es nach der einschlägigen EG-Richtlinie beim Schuldnerverzug auf den Zeitpunkt der Gutschrift des Betrags auf dem Gläubigerkonto oder auf den Zeitpunkt des von dem Schuldner bei ausreichender Kontodeckung oder entsprechendem Kreditrahmen erteilten und von der Bank angenommenen Überweisungsauftrags ankommt.

Nach der Entscheidung des EuGH ist die Richtlinie dahin gehend auszulegen, dass der **geschuldete Betrag dem Konto des Gläubigers rechtzeitig gutgeschrieben sein muss**.

Folgende Unterlagen können im Jahr 2009 vernichtet werden

Nachstehend aufgeführte Buchführungsunterlagen können nach dem 31. Dezember 2008 vernichtet werden:

- **Aufzeichnungen** aus 1998 und früher.
- **Inventare**, die bis zum 31.12.1998 aufgestellt worden sind.

Termine Dezember 2008

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung	Scheck
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	10.12.2008	15.12.2008	5.12.2008
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Seit dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilhaber an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag	10.12.2008	15.12.2008	5.12.2008
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag	10.12.2008	15.12.2008	5.12.2008
Umsatzsteuer	10.12.2008	15.12.2008	5.12.2008
Sozialversicherung	23.12.2008	entfällt	Entfällt

- **Bücher**, in denen die letzte Eintragung im Jahre 1998 oder früher erfolgt ist.
- Jahresabschlüsse, Eröffnungsbilanzen und Lageberichte, die 1998 oder früher aufgestellt worden sind.
- **Buchungsbelege** aus dem Jahre 1998 oder früher (Belege müssen seit 1998 auch zehn Jahre aufbewahrt werden).
- Empfangene Handels- oder Geschäftsbriefe und Kopien der abgesandten Handels- oder Geschäftsbriefe, die 2002 oder früher empfangen bzw. abgesandt wurden.
- sonstige für die Besteuerung bedeutsame Unterlagen aus dem Jahre 2002 oder früher.

Dabei sind die Fristen für die Steuerfestsetzungen zu beachten.

Unterlagen dürfen **nicht** vernichtet werden, wenn sie von Bedeutung sind

- für eine begonnene Außenprüfung,
- für anhängige steuertraf- oder bußgeldrechtliche Ermittlungen,
- für ein schwebendes oder auf Grund einer Außenprüfung zu erwartendes Rechtsbehelfsverfahren oder zur Begründung der Anträge an das Finanzamt und
- bei vorläufigen Steuerfestsetzungen.

Es ist darauf zu achten, dass auch die elektronisch erstellten Daten für 10 Jahre vorgehalten werden müssen.